

Bürger im sozialistischen Staat gewährleistet, als einen realen Beitrag zur Festigung der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung.

Der Erste Sekretär der Ostabteilung der norwegischen UN-Gesellschaft, *Knut Egeland*, betonte, er habe den Eindruck gewonnen, daß der Charakter des Staates der DDR den Menschenrechten in hohem Grad verpflichtet ist. „In westlichen Ländern wird oft und viel von Grund-, Zivil- und Bürgerrechten gesprochen. Wenn man jedoch die tatsächlich gewährten Rechte für die Werktätigen in diesen Ländern mit denen in sozialistischen Staaten vergleicht, so tritt ihre Unzulänglichkeit offen zutage.“ Überhaupt war festzustellen, daß es für die Teilnehmer aus den westeuropäischen Staaten besonders beeindruckend war, in welcher umfassender Form alle Bevölkerungsschichten der DDR an der Aussprache über die neue, sozialistische Verfassung teilgenommen haben. So erklärte der schwedische Rechtsanwalt *Arvid Rudling*: „Es war für mich erhebend und imponierend zu erfahren, wie hoch die Anteilnahme der Bevölkerung an der Entstehung der neuen Verfassung der DDR ist. Ich kann es nicht anders als vorbildlich bezeichnen, daß man hier in Zehntausenden von Versammlungen den Entwurf der Verfassung diskutiert und alles getan hat, um den Bürgern seinen Inhalt lebendig zu machen.“

*Dick Beamish*, Funktionär der britischen Bergarbeitergewerkschaft, bekundete, daß die britische Bevölkerung so etwas noch nie kennengelernt habe. Für ihn sei die Tatsache, daß die große Aussprache auf allen Ebenen stattgefunden hat, ein Ausdruck der Breite der Demokratie in der DDR. Andere Diskussteilnehmer verwiesen darauf, daß die Aktivität der DDR-Bürger am Entstehen der Verfassung ein bemerkenswertes Verantwortungsbewußtsein der Menschen widerspiegelt, die Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen und zu vertreten. Zu diesem Ergebnis kam auch der ehemalige Präsident des norwegischen Appellationsgerichts, *Carl Bonnevie*. Er charakterisierte die neue Verfassung als zutiefst humanistisch. „In dem Verfassungsentwurf sind Forderungen und Grundsätze der Menschenrechte verankert, von denen die Menschen in vielen europäischen Ländern noch weit entfernt sind.“ Allgemein wurde anerkannt, daß die sozialistische Verfassung als ein wertvoller Beitrag der DDR zum Internationalen Jahr der Menschenrechte zu werten ist.

In weiteren Beiträgen wurde auf die große Bedeutung der neuen DDR-Verfassung für die Sicherung des Friedens und die Gewährleistung der europäischen Sicherheit eingegangen. So führte der Labour-Abgeordnete *Julius Silvermann* aus: „Es ist von höchster Bedeutung für den Weltfrieden, daß ein sozialistischer und antifaschistischer deutscher Staat, der seinen Bürgern volle demokratische Rechte gewährt, im Zentrum Europas aufgebaut wurde. Der sozialistische Aufbau in der DDR schreitet schon seit vielen Jahren erfolgreich voran. Ich bin sicher, daß diese Verfassung in die Praxis umgesetzt wird.“

Über diese große Bedeutung der DDR-Verfassung für ganz Europa sprach auch der Unterhausabgeordnete der Labour Party *David Ensor*. Er brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die DDR durch ihre neue Verfassung anderen Völkern Europas helfen wird, sich künftig für den Sozialismus als die Gesellschaftsordnung zu entscheiden, unter der sie leben möchten. „Wir alle dürfen nicht zulassen, daß die westdeutschen Faschisten erneut zum Zuge kommen. Die sozialistischen Länder Europas sind die Hauptkraft, auf die man sich stützen muß, damit Europa nicht noch einmal durch die deutschen Imperialisten zerstört werden kann.“